

Kiel, 5. März 2019

Nr. 063 /2019

Martin Habersaat:

Mittel müssen jetzt schnellstmöglich bei Schulen ankommen

„Digitalpakt in Schleswig-Holstein schnellstmöglich und gut umsetzen“ lautet die Überschrift eines Antrages von CDU, FDP und Grünen. Um das auch wirklich zu erreichen, hat die SPD drei Änderungen zum Jamaika-Antrag vorgelegt: Erstens soll die Verteilung der Bundesmittel, für Schleswig-Holstein werden 170 Millionen Euro erwartet, auf Grundlage der Schülerzahlen erfolgen. Zweitens soll das Land die Schulträger auch bei den Personalkosten für die Administratoren („Digitale Hausmeister“) dauerhaft unterstützen und drittens möchte die SPD, dass auch die Schulen der dänischen Minderheit in den Digitalpakt einbezogen werden. Dazu erklärt der stv. Vorsitzende und bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

„Im Digitalpakt heißt es: „Der Bund stellt finanzielle Mittel zum Aufbau digitaler Bildungsinfrastrukturen bereit. Die Länder entwickeln pädagogische Konzepte, kümmern sich um die Qualifizierung von Lehrkräften – über das Referendariat bis hin zur Weiterbildung – und stellen gemeinsam mit den Kommunen Betrieb, Support und Wartung sicher. Daneben entscheiden die Länder, ob und wie mobile Endgeräte in ihren Lernmittelregelungen berücksichtigen.“ Es gibt also eine Verpflichtung der Länder, sich gemeinsam mit den Kommunen um die digitale Hausmeisterei zu kümmern!

Wichtig ist aber auch, dass die Mittel jetzt schnell bei den Schulen ankommen. Ein „standardisiertes Formular für Bestandsaufnahmen“ und die Weiterarbeit an einer Förderrichtlinie, wie beides vom Ministerium angekündigt, werden bei den Schulen noch keine

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Gänsehaut auslösen. Spannend wird sein: Wird es eine Förderung für alle Schulen und Schulträger geben oder kann eine Bestandsaufnahme auch dazu führen, dass einzelne nicht dabei sind. Zeit für die Vorarbeit war durch die Verzögerungen auf Bundesebene genug, jetzt würden wir gerne Konkretes sehen. Eine Verteilung der Mittel nach Schülerzahlen ließe sich schneller bewerkstelligen und verhindert zudem, dass ausgerechnet die Schulträger weniger bekommen, die sich bereits in den vergangenen Jahren um die digitale Ausstattung ihrer Schulen gekümmert haben.“